



Auch der „geschützte Sektor“ müsse mitzahlen

Hannes Androsch: Staatsbudget vor allem auf der Ausgabenseite sanieren

Die größte Ungerechtigkeit bestehe zwischen Beamten und Angestellten in der Privatwirtschaft, in der Verwaltung gebe es ein breites Feld von Verbesserungsmöglichkeiten, so der Industrielle Androsch (li., neben IV-Chef Sorger). Tabu bei Einsparungen sind für ihn die Bereiche Bildung und Forschung.





Androsch zur Krise:

Sanierung als „Hochseilakt“

Wien. – Die Budgetkonsolidierung sei jetzt vorrangig, und das zuerst ausgabenseitig, plädiert der Industrielle Hannes Androsch für eine rasche und gezielte Sanierung der Folgen der Wirtschaftskrise. Das werde aber ein „politischer Hochseilakt“, weil man gleichzeitig solide Finanzverhältnisse im Budget schaffen und die Wirtschaft ankurbeln muss.

Alle müssen für die Krise zahlen, aber der geschützte Sektor bisher am wenigsten. Die „größte Verteilungungerechtigkeit existiert zwischen geschütztem und ungeschütztem Sektor“. In der öffentlichen Verwaltung gebe es ein weites Feld an Verbesserungsmöglichkeiten, so Androsch.



Androsch gibt Schützenhilfe gegen Steuererhöhungen

Industrie - Die Budgetsanierung muss zuerst ausgabenseitig erfolgen und darf keinesfalls zulasten von Bildung, Forschung oder Infrastruktur gehen. Ex-SPÖ-Finanzminister und Industrieller Hannes Androsch gab am Dienstag Industriepräsident Veit Sorger Schützenhilfe gegen den Steuererhöhungskurs der Bundesregierung.

Für Sorger haben bisher die Unternehmen und hier vor allem die exportorientierte Industrie sowie Vermögende und Aktienbesitzer die Zeche für die Krise gezahlt. Die Masse der Arbeitnehmer habe - außer beim Anstieg der Arbeitslosigkeit - noch kaum etwas von der Krise gespürt.

Sorger kann sich daher maximal längere Spekulationsfristen bei Aktien vorstellen. Alle anderen Vor-

schläge zu neuen Steuern lehnt die Industrie erst einmal ab. Mit einer Einschränkung: Über eine Erhöhung der Grundsteuer könne man eventuell diskutieren, weil sie Wachstum und Beschäftigung noch am wenigsten behindern würde. Und an diesem Maßstab müsse sich die gesamte Budgetkonsolidierung messen lassen.

Die Industrie kritisiert scharf, dass sich die Regierung so früh festgelegt hat, die Budgetsanierung zu 60 Prozent über Einsparungen und zu 40 Prozent oder 1,7 Mrd. Euro über neue und höhere Steuern angehen zu wollen. Und sie vermisst ein zukunftsweisendes Gesamtkonzept: „Bei einem Sammelsurium populistischer Einzelmaßnahmen ist der Wohlstandsverlust programmiert.“



Selten gemeinsam: Hannes Androsch und Veit Sorger (re.)



Industrie kritisiert Steuererhöhungen

Androsch fordert Regierungssparkurs

Die Industriellenvereinigung fordert die Regierung auf, die Ausgaben massiv zu senken.

Das Sparpaket der Bundesregierung findet auf Seiten der heimischen Industrie keine Zustimmung. Auf einer Veranstaltung der *Industriellenvereinigung (IV)* forderte man nun statt Steuererhöhungen mehr Disziplin auf der Ausgaben-seite. „Es gibt ein Einsparpotenzial von 10,7 Milliarden Euro“, so der Industrielle Hannes Androsch vor Medienvertretern. Sparpotenziale ortet der frühere SP-Finanzminister aus der Kreisky-Ära vor allem im Bereich Gesundheit, bei den ÖBB sowie rund um die Hacklerregelung und die Frühpensionen.

Nicht falsch sparen. Bei Bildung, Forschung und Entwicklung sowie bei der Inf-



Hannes Androsch: „Sparen!“

rastruktur wäre es falsch zu sparen, so Androsch. „Der Bereich Forschung und Entwicklung gehört forciert“, sagte auch IV-Präsident Veit Sorger und forderte eine Anhebung der Forschungsförderung von derzeit acht auf 12 Prozent.

Bawag und Lehman. Zur Beteiligung der US-Investmentbank *Lehman Brothers* – ihre Pleite hatte die Finanzkrise ins Rollen gebracht – an der *Bawag* meinte Bawag-Anteilseigner Androsch: „Davon war mir nichts bekannt.“ (plf)



Wer zahlt nun wirklich für die Krise?

VERLIERER & PROFITEURE. Die Industrie sieht sich als Opfer der Zahler-Diskussion – und drängt erneut auf eine Budgetsanierung durch Einsparungen und Reformen.

WIEN (ju). Wer zahlt denn nun eigentlich für die Krise? Auf entsprechende Polemiken von Arbeiterkammer und Gewerkschaft („Wir zahlen nicht für eure Krise“) kontert die Industriellenvereinigung nun auf der gleichen Ebene: Die Arbeitnehmer zahlen die Krise jedenfalls nicht, meinte IV-Generalsekretär Markus Beyrer am Dienstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit IV-Präsident Veit Sorger und dem Industriellen Hannes Androsch. Im Gegenteil: Die Masse der Arbeitnehmer habe „von der Krise noch nichts gespürt“.

Sie hätten bisher (abgesehen vom recht dramatischen Anstieg der Arbeitslosigkeit) sogar gewonnen: Sozialleistungen und Arbeitnehmerentgelte seien im Vorjahr sogar gestiegen (siehe Grafik), was trotz Krise sogar einen leichten Anstieg des privaten Konsums zur Folge gehabt habe.

„Bezahlt“ hätten dagegen Unternehmer und Kapitalbesitzer: Die Selbständigeneinkommen seien geschrumpft, die Vermögenseinkommen (Dividenden und Zinsen) sogar dramatisch eingebrochen. Und die Kursverluste von Aktien hätten den Vermögensverlusten noch die Krone aufgesetzt. So habe etwa die Aktienmarktkapitalisierung in Wien um 55,1 Prozent nachgegeben.

Sparen statt neuer Steuern

Kurzum: Unternehmen, vor allem die international vernetzten, seien – obwohl sie am Weltwirtschaftsdesaster genauso wenig Schuld hätten wie die Arbeitnehmer – die Zahler der Krise und hätten zudem „die Menschen durch die Krise getragen“, auch mit „überdurchschnittlichen Löhnen in der Industrie“, wie Sorger anmerkte.

Dazu wesentlich beigetragen habe das von den Sozialpartnern akkordierte Kurzarbeitsmodell, das auch als Muster dienen solle: „Wir können die Krise nur gemeinsam bewältigen.“

Wobei Androsch ein wenig differenziert: „Alle zahlen unterschiedlich für die Krise, der geschützte Sektor am wenigsten“, meinte der SP-nahe Unternehmer. Verteilungsgerechtigkeit gebe



Zahlen, bitte: Die Industrie (v. l. Hannes Androsch, Veit Sorger, Markus Beyrer) fühlt sich ungerecht behandelt.

es hauptsächlich zwischen dem geschützten und dem ungeschützten Bereich.

Höchst unzufrieden zeigten sich Sorger und Androsch mit der Art, wie der Staat Krisenbewältigung betreibt: Budgetkonsolidierung sei dringend notwendig, meinte Androsch („Wir brauchen keine griechischen Verhältnisse“). Aber die solle vorerst ausschließlich ausgabenbeseitig – also durch Einsparungen und Effizienzsteigerungen – angegangen werden.

Erst wenn dieses Potenzial erschöpft sei, könne man über einnahmenseitige Maßnahmen reden. Und das sei bei ernsthaftem Einsparungswillen nicht so schnell der Fall: Androsch ortet ein Einsparungsvolumen von 10,7 Mrd. Euro etwa im Gesundheitssektor, bei Hacklerregelung und Frühpensionen und bei den Bundesbahnen. IV-Chef Veit Sorger liegt auf derselben Linie: Wenn Unternehmen Effizienzsteigerungen schaffen, dann müsse man das auch vom Staat verlangen können.

Einsparungen seien allerdings ein „wirtschaftspolitischer Hochseilakt“, meint Androsch. Man

GEWINNER UND VERLIERER IM KRISENJAHR

Sozialleistungen (inklusive Pensionen)	+6,5%
Arbeitnehmerentgelte	+2,4%
Privater Konsum	+1,2%
Selbständigeneinkommen	-3,2%
Vermögenseinkommen*	-31,5%
Aktienmarktkapitalisierung Österreich	-55,1%

* ohne Kursverluste (nur Dividenden und Zinsen)

Veränderung (nominal) 1 Jahr vor- bis 1 Jahr nach Krisenausbruch (Stichtag 30. 9. 08), jeweils Durchschnitt von 4 Quartalen

Quelle: Statistik Austria (VGR, Konjunkturstatistik)

Die Presse/HR

müsse das schon vor der Krise entgleiste Budget in Ordnung bringen, ohne die Zukunftschance des Landes zu beschädigen.

Deshalb wäre es absolut falsch, in den Bereichen Forschung, Bildung und Entwicklung zu sparen. Er selbst werde die Forschungsausgaben beim Leiterplattenhersteller AT&S heuer um 25 Prozent auf 125 Mio. Euro erhöhen.

IV-Chef Sorger stimmt mit Androsch darin überein, dass „zuerst alle Ausgaben- und Strukturmöglichkeiten ergriffen“ werden müssen, bevor an neue Steuern ge-

dacht werden könne. Dabei gelte es, die Strukturen des Staates – etwa die Kompetenzverteilung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – neu zu ordnen, die Pensionssysteme zu harmonisieren und das Gesundheitssystem umzugestalten.

Laut Sorger gehört beispielsweise die Hacklerpension, die sich immer mehr zur „Beamtenfrühpension“ entwickelt habe, „sofort abgeschafft“. Derzeit sei es so, „dass wir schon mehr Zeit unseres Lebens nicht arbeitend als arbeitend verbringen“.



Industrie betrachtet sich als größtes Krisenopfer

Auch Androsch fordert Budgetsanierung über Ausgaben

Wien – Die Industrie sieht sich selbst als größtes Opfer der Krise und versucht, allfälligen Belastungen des Sektors rechtzeitig vorzubeugen. Sie reagiert damit auf Bestrebungen der SPÖ, die Großkonzerne und Vermögen stärker besteuern will. Trotz eines Produktionseinbruchs um 14 Prozent habe die Industrie die Rezession „beschäftigungsfreundlich abgefedert und die Menschen mit überdurchschnittlichen Löhnen durch die Krise getragen“, erläuterte IV-Präsident Veit Sorger am Dienstag vor Journalisten.

Generalsekretär Markus Beyrer attestierte, die Unternehmen hätten bei ihren Einkünften massive Einbußen erlitten, während die Arbeitnehmerentgelte und Sozialtransfers gestiegen seien. Laut Ex-Finanzminister Hannes Androsch zahlen alle in unterschiedlichem Ausmaß für die Krise, aber die „größte Verteilungsungerechtigkeit existiert zwischen dem geschützten und ungeschützten Sektor“. Der Industrielle sieht in der Verwaltung ein breites Feld für Modernisierung und zitierte das Wifo, das ein langfristiges Einsparpotenzial von bis zu 10,7 Milliarden Euro errechnet hat. Androsch und Sorger kritisierten die Regierung, die sich auf Mehreinnahmen verlasse, statt zuerst die Ausgaben zu durchforsten.

Der IV-Chef erinnerte die Politik, dass auch die Industrie auf Auftragseinbrüche mit Kostenreduktion reagieren musste. Zudem bekräftigten die Urgesteine der österreichischen Wirtschaftspolitik, dass Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur unerlässlich seien, andernfalls werde ein Teil des Wohlstands verspielt. Sorger verwies in Anspie-

lung auf die Steuervorschläge von Bundeskanzler Werner Faymann auf ein „Sammelsurium populistischer Einzelmaßnahmen“. Allerdings kann er sich mittlerweile die Ausweitung der Spekulationsfrist vorstellen, die er bis vor kurzem noch intensiv abgelehnt hat. Während Androsch eine Ökologisierung des Steuersystems befürwortete, warnte Sorger vor einer Überbelastung der energieintensiven Industrie, die 170.000 Arbeitsplätze sichere.

Heftiger Widerspruch auf die IV-Aussagen kam von der Gewerkschaft. Für GPA-Chef Wolfgang Katzian ist es unbestritten, dass die Arbeitnehmer die Hauptbetroffenen der Krise sind. (as)

SCHWERPUNKT:
Wer zahlt für wessen Krise?



BUDGETKONSOLIDIERUNG

Industrie nickt bei Ökosteuer im EU-Konzert

Zur Budgetkonsolidierung fordert Industrie-Präsident Veit Sorger in erster Linie Ausgabenkürzungen im geschützten Sektor, also bei Gesundheit und Frühpensionen, sowie eine Strukturreform des Staates.

Deckelung

In puncto höherer Steuereinnahmen für den Finanzminister will sich Sorger jedoch „Ökosteuern, wie sie in ganz Europa diskutiert werden, nicht verschließen, sofern sie eine Deckelung beinhalten“. Weiters kann sich der Präsident der Industriellenvereinigung (IV) eine Verlängerung der Fristen bei der Spekulationssteuer „um ein oder zwei Jahre vorstellen“. Allerdings müsse man berechnen, was dies für den Finanzplatz Österreich bedeute.

IV-Generalsekretär Markus Beyrer stellte fest, dass die Grundsteuer laut OECD-Berechnung Wachstum und Beschäftigung am wenigsten belaste (Beyrer: „Nicht, dass wir uns das wünschen“), Einkommens- und Ertragssteuern sowie betriebliche Vermögenssteuern jedoch am meisten.

Der Industrielle und Ex-SP-Finanzminister Hannes

Androsch wies auf das vom WIFO erhobene Sparpotenzial von 10,7 Milliarden € hin. Der Regierung sei es zwar bisher gelungen, die Kernschmelze der Banken sowie den wirtschaftlichen Abschwung aufzufangen, sagte Androsch. Aber: „Die Krise wird uns noch länger beschäftigen, am stärksten bei der exportorientierten Industrie“.

Sorger und Androsch warnen indes vor einer Kürzung der Forschungsmittel. Die Forschungsprämie müsse vielmehr von acht auf zwölf Prozent erhöht werden. Eine Million € Prämie bringe 1,55 Millionen € zusätzliche Steuereinnahmen, rechnen sie vor.

Nicht Verursacher

Die Industrie will nicht Verursacher der Krise sein und dreht den Spieß um: Nicht die Arbeitnehmer würden über die Arbeitslosigkeit oder gedämpfte Löhne für die Krise bezahlen, sondern die Unternehmer, deren Einkommen um 3,2 Prozent gesunken sei, sowie die Aktionäre. Denn Einkommen aus Zinsen und Dividenden haben sich in der Krise um 31,5 Prozent reduziert. (bk)



Wer zahlt für diese Krise?

■ Industrie sieht vor allem sich selbst massiv betroffen.

■ Gewerkschaft: IV agiert „zynisch“.

Wien. (fst) So unterschiedlich können Wahrnehmungen sein: Während Arbeitnehmervertreter seit Ausbruch der Finanzkrise auf massive Jobverluste verweisen, zeichnet Österreichs Industrie nun ein ganz anderes Bild und stellt insbesondere in den Vordergrund, dass Sozialleistungen (plus 6,5 Prozent) und Arbeitseinkommen (plus 2,4 Prozent) 2009 gestiegen seien. Die Kapitalisierung des Aktienmarkts (minus 55,1 Prozent) und Vermögenseinkommen (minus 31,5 Prozent) befänden sich hingegen in einem dramatischen Sinkflug, so die Industriellenvereinigung (IV).

„Auch Spekulanten haben Geld verloren“

Es könne nicht ernsthaft behauptet werden, die Arbeitnehmer wären nicht die Hauptleidtragenden, betont Wolfgang Katzian, Chef der Gewerkschaft der Privatan-



Hannes Androsch plädiert für Einschnitte bei den Budgetausgaben. Foto:

gestellten GPA-djp. Denn sogar den Angaben der IV zufolge haben 40.000 bis 60.000 Beschäftigte als Folge der Wirtschaftskrise ihre Arbeit verloren. „Natürlich haben auch Vermögensbesitzer und Spekulanten Geld in der Krise verloren. Man muss aber auch die Jahre davor in Betracht ziehen, in denen die Besitzer von Vermögen enorm hohe Einkommenszuwächse verzeichnen konnten“, erklärt Katzian. Im heurigen Februar waren laut Arbeitsministerium rund 400.000 Menschen ohne Job.

Weder von einbrechenden Aktienkursen noch von leicht steigenden Arbeitseinkommen überrascht zeigt sich hingegen Gerhard Rünstler, Makroökonomie-Experte des Wifo: „Das ist in jeder Rezession so“, betont Rünstler im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“.

Die Profite von Unternehmen stellten sich nun einmal viel zyklischer und volatiler als Lohnneinkommen dar. Aktienkurse würden typischerweise in Rezessionen fallen, danach tendenziell steigen. Zu den Arbeitnehmern: „Die Unternehmen wollen die Mitarbeiter nicht so rasch hinauswerfen.“ Denn das Einschulen von neuen Beschäftigten sei teuer und zeitintensiv, sagt der Wifo-Volkswirtschaftsexperte.

Sowohl die IV als auch der Industrielle Hannes Androsch wünschen sich von der Regierung – statt Steuererhöhungen – deutliche Budgeteinsparungen. Wobei der frühere SPÖ-Finanzminister der Ära Bruno Kreisky das Kürzungspotenzial mit rund 11 Milliarden Euro – vor allem im Gesundheitsbereich und bei den Pensionen – beziffert. ■